**Bezugspreise:** für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 3.50 Mark, vierteljährlich 9.00 Mark, durch die Post 7.50 Mark ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1142 u. 7411, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

# Saale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

**Anzeigenpreise:** Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 30 Pf. und Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 90 Pf. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4409.

Nr. 97. Halle, Sonnabend, den 28. Februar 1920. Einzelpreis 10 Pfg.

# Vom Skandal zur Krise.

## Oberbürgermeister Adenauer der Nachfolger Erzbergers?

**Berlin,** 27. Febr. (Eigene Drahtnachricht.) Erzberger ist nun auch für die Sozialdemokratie erledigt. Der „Vorwärts" stellt auf Grund der Ergebnisse des Helfferich-Prozesses fest, daß die neue Zeit mehr als irgendeine andere das reinigende Feuer einer großen sittlichen Idee und die junge deutsche Republik starke Persönlichkeiten brauche, deren Makellosigkeit über jeden Zweifel erhaben sei, und das Blatt konstatiert, daß Erzberger keine Persönlichkeit sei, die geeignet ist, die Lehrbücher der republikanischen Schuljugend zu schmücken. Daß die ganze Angelegenheit krisenhaft erscheint, beweisen die Verhandlungen, die vorläufig nichtoffiziell, wohl aber offiziös geführt werden. Auch das Zentrum kommt trotz seiner Aeußerung, erst den Ausgang des Prozesses abzuwarten, an einer beschleunigten Stellungnahme nicht vorbei, und es wird gemeldet, es werde sich schon heute mit der Erzbergerschen Angelegenheit befassen. Ein Grund dafür dürfte das Verlangen sein, diese so weit zu klären, daß sich der interfraktionelle Ausschuß der Koalitionsparteien damit beschäftigen kann. Dies soll bereits morgen geschehen. Wie der Beschluß der Sozialdemokraten und Demokraten ausfallen wird, ist nach den Aeußerungen der führenden Männer beider Parteien nicht mehr zweifelhaft.

**Es gilt als vollkommen ausgeschlossen, daß Erzberger seine politische Tätigkeit wieder aufnehmen kann.**

Aus den Kreisen seiner Partei ist ihm geraten worden, dem Parlament vorläufig fernzubleiben, um der Opposition keine Möglichkeit zu Angriffen gegen seine Partei zu geben. In parlamentarischen Kreisen spricht man schon offen über die Frage der Nachfolge des Reichsfinanzministers. In rheinischen Zentrumskreisen wird als einer der Nachfolger der Kölner Bürgermeister Adenauer genannt. In gewissen politischen Kreisen wird angedeutet, es könnte der Fall eintreten, daß der Personenwechsel sich nicht auf Erzberger beschränken, sondern daß auch andere Mitglieder des Reichskabinetts neuen Männern weichen werden. Die Besetzung des Reichsschatzministeriums steht sowieso noch aus, und es sind, wie bekannt, Bestrebungen im Gange, gewisse Ministerien mit Fachministern zu besetzen. Es wäre nur natürlich, diese Vorschläge beim Reichsfinanz- und Reichsschatzministerium in erster Linie zu verwirklichen.

### Stellung der Zentrumsfraktion gegen Erzberger.

**WTB. Berlin,** 27. Februar. Wie die „Germania" meldet, geht die Auffassung der Zentrumsfraktion dahin, daß die Stellungnahme im Falle Erzberger nicht früher erfolgen kann, als bis das Urteil und seine Begründung im Helfferich-Prozeß vorliegt und das Ergebnis des wegen der Steuerangelegenheit schwebenden Verfahrens abgeschlossen ist.

## Preußische Verfassung.

**WTB. Berlin,** 27. Februar. Nach dem der preußischen Landesversammlung zugegangenen Entwurf für Preußen ist Preußen eine Republik und Glied des Deutschen Reiches. Träger der Staatsgewalt ist die Gesamtheit des Volkes, das seinen Willen über die Staatsangelegenheiten durch den von ihm gewählten Landtag kundgibt. Letzterer wird in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl auf vier Jahre gewählt. Das Staatsministerium kann den Landtag auflösen. Nach Ablauf der Wahlperiode oder nach erfolgter Auflösung müssen Neuwahlen innerhalb 60 Tagen stattfinden. Der Präsident des Landtages beruft den Ministerpräsidenten und auf dessen Vorschlag die übrigen Staatsminister. Der Ministerpräsident bestimmt die Richtlinien der Regierungspolitik. Er führt im Ministerrat, dem sämtliche Staatsminister angehören, den Vorsitz und gibt bei den Abstimmungen im Falle der Stimmengleichheit den Ausschlag. Das Staatsministerium, das die Beamten und Mitglieder des Reichsrats ernennt, soweit diese nicht von den Provinzialverwaltungen bestellt werden, übt im Namen des Volkes das Begnadigungsrecht aus. Der Landtag kann dem Staatsministerium oder einem einzelnen Staatsminister durch ausdrücklichen Beschluß das Vertrauen entziehen. Ueber die Vertrauensfrage muß namentlich abgestimmt werden. Wird der Beschluß gefaßt, so muß der davon betroffene Minister zurücktreten. Das Recht der Auflösung des Landtages steht dem Staatsministerium nicht mehr zu. Das Recht, Gesetze vorzuschlagen, steht dem Landtag und der Regierung zu. Zur Mitwirkung bei Gesetzen von finanzieller Bedeutung wird ein Finanzrat gebildet.

## Steuerabzug vom Arbeitslohn.

**WTB. Berlin,** 27. Februar. Wie die Abendblätter melden, fand gestern unter dem Vorsitze des Ministerialdirektors von Laer im Reichsfinanzministerium eine Besprechung über die vorläufigen Bestimmungen betreffend Erhebung der Einkommensteuer durch Abzug vom Arbeitslohn statt, zu der Vertreter der Großindustrie und des Handels, sowie Vertreter der Arbeitnehmer geladen waren. Bei Beginn der Sitzung machte Geheimrat Kuhn darauf aufmerksam, daß lediglich über die Art des Abzugs der Steuern und der Verrechnung mit den Steuerbehörden beraten werden solle. Es wurde allgemein der Ansicht Ausdruck gegeben, daß der im Entwurf vorgeschlagene Abzug vom Arbeitslohn nach einem schwierigen Listensystem nicht zu empfehlen sei. Von Seiten der Industrie wie des Handels wurde auf die gewaltigen Kosten eines solchen Verfahrens hingewiesen.

## Die Auslieferungsfrage.

**WTB. Berlin,** 27. Febr. Der Ausschuß der Nationalversammlung für auswärtige Angelegenheiten trat heute unter dem Vorsitz des Abgeordneten Scheidemann zu einer längeren Sitzung zusammen, deren Gegenstand die Auslieferungsfrage bildete. Am Schlusse konnte der Vorsitzende feststellen, daß alle Mitglieder des Ausschusses bis auf zwei mit allen Aktionen der Regierung in der Auslieferungsfrage sich einverstanden erklärt hatten.

### Die Rückgabe der Flensburger Handelsflotte.

**WTB. Berlin,** 27. Februar. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" schreibt: Ein Berliner Abendblatt übernimmt eine Meldung der „National-Tidende", nach der die Frage der Rückgabe der Flensburger Handelsflotte gleichzeitig mit der Abstimmung in Flensburg entschieden würde. Es handelt sich hier ganz offenbar um ein billiges, durch keine Tatsachen begründetes Agitationsmittel. Der Zweck ist durchsichtig. Man will den Flensburgern ihre Staatszugehörigkeit abkaufen, indem man ihnen vorspiegelt, daß die Handelsschiffe, deren Verlust sie möglicherweise zu befürchten hätten, wenn sie bei Deutschland blieben, ihnen beim Uebertritt zu Dänemark erhalten bleiben würden. In Wirklichkeit ist über das Schicksal der Schiffe noch nicht das Geringste entschieden.

### Ankunft von Heimkehrern aus Japan.

**WTB. Berlin,** 27. Februar. Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit, daß voraussichtlich morgen der Dampfer „Kifuku Maru" 43 Offiziere und 898 Mann aus Japan in Wilhelmshaven eintrifft. Damit ist dann der zweite Gefangenentransport aus Japan auf heimatlichem Boden angelangt.

### Einzug der Regierungs-Kommission für das Saargebiet.

**WTB. Saarbrücken,** 27. Februar. Heute vormittag hielt die Regierungskommission für das Saargebiet ihren offiziellen Einzug in Saarbrücken.

### Der französische Eisenbahnerausstand.

**WTB. Paris,** 27. Februar. (Drahtnachricht.) Die Delegierten der Eisenbahnergewerkschaften, die heute nacht mit Ministerpräsident Millerand verhandelten, haben heute vormittag dem ausführenden Rat der Eisenbahnergewerkschaften Bericht erstattet und sich dann erneut zum Ministerpräsidenten begeben. Heute nachmittag wird sich der ausführende Rat wieder vereinigen und im Laufe des Abends den Eisenbahnarbeitern seine Beschlüsse zur Kenntnis geben. Wie die „Liberté" meldet, hat die Eisenbahndirektion der Linie Paris—Lyon—Mittelmeer beschlossen, 300 streikende Arbeiter zu entlassen.

### Maßnahmen der französischen Regierung.

**WTB. Paris,** 27. Februar. (Drahtnachricht.) Im Ministerrat ist heute ein Dekret angenommen worden, das der Regierung das Recht gibt, im Falle der Notwendigkeit gewisse Einschränkungen in der Ernährung vorzunehmen. So soll es in Restaurants verboten sein, mehr als eine Fleischspeise und mehr als zwei Gänge bei jeder Mahlzeit zu verabfolgen. Die Regierung hat auch das Recht, zwei fleischlose Tage in der Woche einzurichten.

### Millerand über die innere Lage.

**WTB. Paris,** 27. Februar. (Drahtnachricht.) In der heutigen Kammersitzung wurde ein schleuniger Gesetzentwurf eingebracht, in dem die Regierung das Recht der Requierung alles Eisenbahnmaterials und aller für den Verkehr notwendigen Räume im Falle des Stillegens der Eisenbahn gegeben wird. Im Laufe der Debatte sagte Ministerpräsident Millerand, man befinde sich nicht einem Lohnkampf gegenüber, sondern man habe es mit einer revolutionären Bewegung zu tun. Es dürfe keine Korporation geben, und möge sie noch so bedeutend sein, die das Recht habe, sich gegen die Nation zu wenden.

### Besprechung der Wilsonnote.

**WTB. London,** 27. Februar. Die Friedenskonferenz besprach heute vormittag die Note Wilsons. Die britischen, französischen, italienischen und japanischen Vertreter waren zugegen. Lloyd George nahm an der Nachmittagssitzung teil. Nitti und Millerand [illegible] nach Frankreich [illegible]

## Englische Stimmungen.

**London,** 22. Februar 1920.

Genau so, wie es Frauen gibt, die man nur bei Kerzenlicht sehen darf, so gibt es Themas, für deren wichtige Beurteilung seelische Bedrängnisse nötig sind. Zu diesem Thema gehört die irische Frage. Ich glaube, daß ich darüber nur ein kleines Urteil bekommen habe, weil sich in meinem Geist der Gegenstand meiner Erwägungen abhob von einem schaudererregenden Hintergrund englischer Musik. Englischer Musik, sage ich, aber ich meine deutsche, denn eine englische Musik gibts fast überhaupt nicht, und so weit sie vorhanden ist, ist sie haarsträubend in ihrer Seichtheit und mangelhaften Technik. Während des Krieges ist das Musikleben in London geradezu ein Bild des gekünstelten Nationalismus gewesen. Besonders in den ersten Jahren des Krieges stand selbstverständlich die deutsche Musik auf der Index. Die Londoner musikalischen Ententefreunde kamen damals mit französischen Programmen, mit Chabrier, Berlioz, Ravel, Debussy, Dukasse usw. Die Engländer applaudierten rasend, aber mieden seitdem die Konzertsäle auf das Sorgfältigste, so daß die „Managers" sich schließlich gezwungen sahen, ihren Feinden die Hand zu reichen und Bach, Mozart, Beethoven, Brahms (Mahler und Strauß sind noch immer unverstandene Genien in England.) herrschten wieder wie immer im Konzertsaal.

Mit meinem musikalischen Freunde, einem Iren, der die Rezensionen für ein großes Londoner Blatt schreibt, war ich im Wigmorenhall, wo enlische Klavierwerke gespielt wurden. Ich kannte die Tonwerke nicht, sonst hätte ich mich gescheut, den Saal zu betreten. Aber . . . live and learn, lebet und lernet, wie die Engländer sagen. Das nächste Mal werde ich auf jeden Fall vorsichtiger sein. Der Kuriosität halber gebe ich hier das geschmackvolle Programm, mit dem der Darsteller und nach den olympischen Höhen des reinen künstlerischen Genusses zu führen gedachte: Beethoven, Andante, Bach, Chrimarische Phantasie und Fuga, Brahms. Auszug aus dem zweiten Klavierkonzett. — Harry Farjeon. Fuga und Bachanale, Chelsea Reach, Shepherd's Hey, — Chopon, Nocturne. Weniger nicht. Geschmackloser auch nicht. „Der Hohn", sagte mein Freund, der Ire, daß ich diesen englischen Schund anhören muß . . . . . und dann darf ich in der Zeitung nicht einmal die Wahrheit sagen! Und diese Barbaren erlauben sich noch auf das irische Volk, das in jeder Beziehung mit feineren seelischen Organen ausgebildet ist, herabzublicken. „Ach . . . . vive la revolution" (Er sprach dies ungefähr so aus: Wiev' la Reevolusch'n.)

Hier hatten wir das Thema erreicht, das uns beide mehr interessierte als der ganze Musikkram. „Ach, laß den Kerl nur spielen, es kommt doch nicht darauf an, was ich schreibe, so lange ich nur etwas schreibe. Kommen Sie mit in das Foyer, dann können wir sprechen, ohne von den Geräuschen gestört zu werden." Wir gingen. „Wissen Sie, die irische Frage ist eigentlich gar keine Frage, d. h. keine innerpolitische, was auch die Politiker behaupten mögen. Die Unterschiede im Volkscharakter, in Rasse, in Volksinteressen zwischen England und Irland sind genau so groß, wie z. B. zwischen Deutschland und Frankreich. Solange die Ideen nicht vollkommen selbständig sind, wird es in Irland keine Ruhe geben. Die Iren wünschen sich von dem schmählichen Joch, das sie schon seit vielen Jahrhunderten getragen haben, zu befreien, und kein Kompromiß ist mehr möglich. Die Iren verlangen ihren eigenen Boden, ihr eigenes Land, das fruchtbarste von Westeuropa, selbst zu besitzen und zu verwalten, und nicht länger von den Engländern ausgesaugt zu werden. Ausgesaugt, ja, tausendmal werde ich es wiederholen: ausgesaugt, bis der Ire in Fetzen und Lumpen herumging, und er gezwungen war, in die Fremde zu ziehen, um dort zu betteln, weil die Engländer die Volksbildung des irischen Volkes — absichtlich — so vernachlässigt hatten. Daß der größte Teil der Iren nicht nur körperlich, sondern auch geistig im tiefsten Elend lebten und starben. Und das soll jetzt aufhören, das schwöre ich Ihnen!"

Allmählich hatte er sich bis zum Siedepunkt aufgeregt. Sein Gesicht war hochrot, er gestikulierte heftig; er hatte die englische Sprache, die ihm im Grunde fremd war, vergessen und sprach in seinem breiten, gemütlichen, treuherzigen irischen Dialekt.

„Dickens beschreibt in seinem Buche Martin Chuzzlewit einen Iren, der nach Amerika übergesiedelt war, und „der ein so typisch irisches Gesicht hatte, daß man ihn in Lumpen gehüllt sich denken konnte." Können Sie sich eine schärfere Verurteilung der englischen Schreckensherrschaft in unserm Lande denken? Dickens machte nur einen Witz, aber für mich hat er in diesem einen Satz die Lage des irischen Volkes unter der grausamen Unterdrückung durch die Engländer erschöpfend geschildert. Gewiß, der Engländer kann sich den Iren nur als einen in Lumpen gehüllten Bettler denken. Fahren Sie mal über Liverpool nach Dublin und sofort, — sogar in der großen Stadt Dublin, — werden Sie den Unterschied spüren. Vergleichen Sie die Zustände in Essex, Suffolk, Norfolk, Yorkshire mal mit denen in Irland . . . . Wer dann noch glaubt an die Möglichkeit, daß diese Bewegung zu unterdrücken ist, der versteht nicht, was eine Volksbewegung bedeutet und welche Kraft sie entwickelt.

Die Iren verlangen Freiheit, die die Engländer ihnen versagen, und nur unter Zwang geben werden. Mit dem neuen Home-rule-Gesetz will man uns wieder in Schlaf wiegen, aber dazu ist es zu spät. Zu oft schon ist eine [illegible]

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-1920022801З/fragment/page=0001

ung in Irland in Blut erstickt, und auch diesmal versuchen es die Engländer wieder mit ihrer Schreckensherrschaft. Sie versuchen die Antipathie der Welt gegen Irland zu erregen, indem sie die Sinn-Feiner als Meuchelmörder darstellen, aber mit der typisch angelsächsischen Dummheit schreiben sie zu gleicher Zeit in ihren Zeitungen, daß die englischen Behörden jetzt mit Tanks und Panzerautos, ich wiederhole mit Tanks und Panzerautos gegen die Sinn-Feiner vorgehen. Haben Sie in Ihrem Leben jemals davon gehört, daß mit Tanks und Panzerautos gegen Meuchelmörder etwas anzufangen wäre? Begreifen Sie die stupendous foll (betäubende Torheit) der Leute, die so etwas glauben.

Nein, die Iren streiten mit offenem Visir. Natürlich haben sie den richtigen Augenblick für ihr Treiben ausgewählt; denn niemals ist die englische Macht so klein gewesen wie jetzt. Aber Meuchelmörder sind die Iren nicht. Noch immer halten die Engländer vier Mitglieder des Unterhauses und sechzehn Stadträte gefangen, die auf eine Aburteilung harren, ohne Aussicht auf Sicherheit oder Recht; denn die Frist eines eventuellen Prozesses gegen sie ist nicht einmal festgesetzt worden. Diese Leute haben sich offen für die Sinn-Feiner-Bewegung erklärt. Nennt man das vielleicht unlautere Heimlichkeit? Heuchelei, wie alles in England? Aber wir werden siegen ....“

Und dabei bleibt es, denn das Konzert war uns und einfallendes Klatschen des Publikums schreckte uns auf.

Hieraus sieht man, welchen guten Einfluß schlechte Musik haben kann. Denn wäre das Programm weniger langweilig gewesen, so hätte mein Ire niemals so empört über die Rechte seiner Landsleute sprechen können.

## Caillaux-Prozeß.

**WTB. Paris, 27. Februar.** Im Caillaux-Prozeß erklärte der Angeklagte, von dem Vorsitzenden Bourgeois über die Politik vor dem Jahre 1914 befragt, Frankreich habe nach dem Marokkoabkommen von 1909 bis 1911 in steter Gefahr geschwebt. Caillaux gab hierauf eine Darstellung der Kolonialpolitik und sagte, daß er und Delcassé darin einig gewesen seien, mit Vorsicht und Klugheit zu handeln. Zu den Richtern gewendet, sagte Caillaux: Glauben Sie, daß, wenn ich nicht im Jahre 1911 für Frankreich ein wenig Zeit gewonnen hätte, nach dem Angriffe von 1914 der Sieg möglich gewesen wäre? Er schloß mit den Worten: Man kann mein ganzes Leben nachprüfen, man wird nur Liebe zum Vaterlande finden.

## Die griechischen Ansprüche auf Smyrna.

**Mailand, 27. Febr.** (Eigene Drahtnachricht.) **Einer Londoner Meldung des „Corriere della Sera“ zufolge hat die Botschafterkonferenz beschlossen, die griechischen Ansprüche auf Smyrna abzulehnen. Es steht außer Zweifel, daß die Souveränität über jenes Gebiet wenigstens nach außen hin aufrechterhalten werden dürfte. Ministerpräsident Nitti werde Anfang nächster Woche aus London nach Rom zurückkehren, um der Wiedereröffnung der Kammer, die zwischen dem 10. und 15. März erfolgen soll, beizuwohnen.**

## Konstantinopel bleibt türkisch.

**Rotterdam, 27. Febr.** (Eigene Drahtnachricht.) **Im Unterhause erklärte Lloyd George, daß die Konferenz der verbündeten Botschafter beschlossen habe, der Türkei Konstantinopel zu belassen. Dagegen wolle man der Türkei die Herrschaft über die nichttürkischen Untertanen nehmen und ihr die Kontrolle über die Zugänge zum Schwarzen Meere verweigern, womit sie in der Vergangenheit so viel Unheil habe anrichten können.**

## Poincarés Erfahrungen.

**Basel, 27. Febr.** (Eigene Drahtnachricht.) **Die „Nationalzeitung“ erfährt aus Paris: Poincaré hat im Senat einen Antrag auf Verfassungsreform eingebracht mit der Begründung, daß die Erfahrungen seiner Amtsperiode gezeigt hätten, daß die Befugnisse des Präsidenten der Republik zu gering seien, besonders im Vergleich zu jenen der Präsidenten anderer Republiken.**

# Deutsche Nationalversammlung.

### Kleine Anfragen. — Zweite Beratung des Reichseinkommensteuergesetzes.

**WTB. Berlin, 27. Febr.** 142. Sitzung. Nachmittags 3 Uhr.

**Auf eine Anfrage der Abg. Frau Zietz (U. S.) wird von der Regierung geantwortet: Die Gefangenen des Militärgefängnisses Kaisertrutz in Görlitz, die meistens wegen Diebstahls, Unterschlagung usw. gefangen sitzen, werden mit Leibwäsche angemessen versorgt und erhalten die ihnen zustehende Ernährung.**

**Auf eine Anfrage Nuschke (Dem.) wird geantwortet: Die Instandsetzungsarbeiten an Kraftwagen der Reichswehr konnten nicht weiter dem der Auflösung begriffenen Reichsverwertungsamt überlassen bleiben. Die einzelnen Kommandos nehmen diese Arbeiten vor, ohne daß dadurch eine Verteuerungsgefahr entsteht.**

**Auf eine Anfrage Irl (Ztr.) wird geantwortet, daß bei der Beschaffung von Bekleidung für die Entlassenen des Heeres das Handwerk nach Möglichkeit berücksichtigt wurde und auch weiter berücksichtigt wird.**

**Auf eine Anfrage Mumm (Dn.) wird geantwortet, daß wegen der schwierigen Vermögenslage der Landesversicherungsanstalten und Sonderanstalten diese an der Erfüllung ihrer Verpflichtungen gehindert sind, und daß das Reichsarbeitsministerium einen Gesetzentwurf vorbereitet, der der Nationalversammlung in nächster Zeit zugehen wird.**

**Auf eine Anfrage von Frau Dr. Schirmacher (Dn.) wird geantwortet, daß die Regierung alles getan hat, um die schleunige Heimschaffung der deutschen Kriegsgefangenen in Japan zu betreiben. Mehrere Transporte sind bereits angekommen, andere sind unterwegs.**

**Auf eine Anfrage von Frau Dr. Schirmacher (Dn.) wird geantwortet, daß die Regierung bei der französischen Regierung Vorstellungen dagegen erhoben hat, daß für jeden lebend eingebrachten Flüchtling aus den deutschen Gefangenenlagern 25 Franken, für jeden toten aber 50 Franken gezahlt würden. Eine Antwort sei nicht erfolgt. (Hört, hört!) Die Vorstellungen seien in dringender Form wiederholt worden.**

**Auf eine Anfrage von Frau Zietz (U. S.) wird geantwortet, daß der große Teil unserer internierten Seeleute aus Indien hier eingetroffen ist. Alles Nötige sei veranlaßt, um die weitere Heimschaffung zu beschleunigen. An Influenza seien über 600 Personen auf dem Transporte verstorben.**

Auf eine Anfrage von Frau Agnes (U. S.) wird geantwortet, daß die mangelhafte Kohlenversorgung von Düsseldorf, wodurch die Arbeiter vieler Betriebe feiern müssen, auf die mangelhafte Förderung der Bergwerke und auf den Eisenbahnerstreik zurückzuführen sei.

Auf eine Anfrage **Dusche** (D. Vpt.) wird geantwortet, daß die Regierung zur Linderung der Notlage der Flüchtlinge aus Elsaß-Lothringen das Nötige tue und weiter tun werde.

Auf eine Anfrage **Kennegott** (Soz.) wird geantwortet, daß Ledersendungen ins Ausland nur in beschränktem Maße gestattet sind, und zwar nur von eingeführten Rohhäuten, nicht aber von einheimischen Rohhäuten. Ein gewisser Prozentsatz, 75 Prozent, der Leder aus eingeführten Rohhäuten darf exportiert werden, damit wir Devisen haben.

Es folgt die zweite Beratung des Entwurfes eines

**Reichseinkommensteuergesetzes.**

Mit der Beratung des § 1 wird eine allgemeine Aussprache verbunden.

**Abg. Dr. Blunck** (Dem.) als Berichterstatter, bezieht sich auf den schriftlichen Bericht. Inzwischen seien eine große Reihe von Eingaben eingegangen. Eine solche der rheinisch-westfälischen Handelskammern protestiert gegen die Ueberhastung bei der Beratung dieses Gesetzes, die eine sachliche Prüfung unmöglich mache. Demgegenüber sei zu sagen, daß dieses Gesetz seit drei Monaten bekannt sei. Die Nationalversammlung habe keineswegs die Steuergesetze überstürzt, sondern eingehend beraten. Der Ausschuß habe die vielen Abänderungsanträge auf das aufmerksamste geprüft. Eine solche verhetzende Behauptung müsse zurückgewiesen werden. (Zustimmung.)

Morgen 1 Uhr: Fortsetzung.

Schluß gegen 5 Uhr.

## Einladung der Nationalversammlung zum Besuch der Leipziger Frühjahrsmesse.

**Berlin, 27. Febr.** (Eigene Drahtnachricht.) **Das Leipziger Meßamt hat der Nationalversammlung, die bekanntlich der Bedeutung der Leipziger Messe durch Zuwendung einer größeren Summe aus Reichsmitteln gerecht wurde, für Montag, den 1. März, zur Besichtigung eingeladen. Es wird von allen Fraktionen eine Anzahl von Besuchern ausgewählt werden, die am Montag vormittag in Leipzig eintreffen und durch die Messe geführt werden. Ein Mittagsmahl wird um 2 Uhr die Gäste vereinigen. Die Abgeordneten können bereits um 11 Uhr abends wieder nach Berlin zurückreisen.**

## Ausländischer Besuch der Leipziger Messe.

**WTB. Leipzig, 27. Februar.** Ueber Prag werden 25 Amerikaner, 30 Italiener mit dem Handelsattachee der Gesandtschaft, eine Anzahl Russen aus Odessa, eine größere Zahl Rumänen, auch Franzosen und Engländer zur Messe kommen. Es sind etwa 120 amtliche Meßausweise an Ausländer verschiedener Nationalität, die sich augenblicklich in Prag aufhalten, von dem ehrenamtlichen Vertreter des Leipziger Meßamts in Prag ausgestellt worden, der außerdem zahlreiche Besuche von diesen Herren erhielt und ausführliche Auskünfte über die Messe geben mußte. Die einzelnen Länderabordnungen werden mit dem technischen Sonderzuge hier ankommen.

# Preußische Landesversammlung.

**WTB. Berlin, 27. Februar.** 124. Sitzung. Zur Beratung steht der Antrag Schmedding (Ztr.) auf Bewilligung von Baukostenzuschüssen zur Bekämpfung der Wohnungsnot.

Ein Regierungsvertreter **weist darauf hin**, daß der Antrag schon aus dem September vorigen Jahres stammt. Seitdem sind sehr hohe Reichs-, Staats- und Gemeindemittel zur Milderung der Wohnungsnot zur Verfügung gestellt worden. Davon entfallen auf Preußen **nicht weniger als 785 Mill.** Mark. Der Antrag wird damit überholt sein.

**Abg. Heß** (Ztr.): Die Aufbringung weiterer Mittel wird, wie ich höre, in der Weise geplant, daß eine Besteuerung der Mieter nach der Zimmerzahl erfolgen soll. Das wäre nicht unbedenklich, denn es ist nicht gesagt, daß der Inhaber einer größeren Wohnung auch der leistungsfähigste ist. Es wird also die Leistungsfähigkeit in erster Linie mit zu berücksichtigen sein.

**Abg. Budjuhn** (Dn.): Ich zweifle, daß die bisherigen Baukostenzuschüsse immer richtig verwendet worden sind. Die Mietssteuer würde den Stempel der Ungerechtigkeit an sich tragen. Aber ohne vorhergehende Regelung der Deckungsfrage ist die Gewährung von Baukostenzuschüssen nicht weiter denkbar. Ferner muß die Regierung entschieden Stellung gegen die fortgesetzte Preissteigerung der Baustoffe und gegen das Schiebertum nehmen. Die Ausfuhr von Holzfabrikaten sollte grundsätzlich verboten werden. Mehr als durch Baukostenzuschüsse kann das Reich und Staat durch die Hingabe von Holz, Kohle und Eisen zu angemessenen Preisen wirken.

**Abg. Wendel-Bromberg** (Soz.): Der letztere Vorschlag würde darauf hinauslaufen, daß Holz, Kohle und Eisen in Zwangswirtschaft genommen werden. Man sollte meinen, daß die Rechte dann in erster Linie die Zwangswirtschaft der Lebensmittel befürworten würde. Aber da will sie im Gegenteil abbauen. Die Mietssteuer würde im höchsten Grade schädigend wirken, weil sich dann viele Familien mit unzureichenden Räumen begnügen würden.

**Abg. Schümer** (Dem.): Auch wir haben gegen die Mietssteuer die schwersten Bedenken.

Nach kurzer weiterer Aussprache wird der Antrag als erledigt erklärt.

Es folgt die Beratung des Antrages Porsch und Einführung eines einjährigen pflichtmäßigen hauswirtschaftlichen Unterrichts für alle Mädchen als Grundlage der in Reichsverfassung vorgesehenen Fortbildungschule.

Abg. Frau Dransfeld (Ztr.) befürwortet den Antrag.

Abg. Frau Hanna (Soz.) hat dagegen Bedenken, daß die Berufsausbildung unter der hauswirtschaftlichen leiden könne.

Abg. Frau Dönhoff (Dem.) beantragt Ueberweisung des Antrages an den Ausschuß für Handel und Gewerbe.

Abg. Frau Spohr (Dn.): Die hauswirtschaftliche Ausbildung sollte nicht unter der beruflichen leiden.

Abg. Frau Arendsee (U. S.): Wir können den Antrag in der vorliegenden Form nicht zustimmen. Ich beantrage Ueberweisung des Antrages an den Unterrichtsausschuß.

Abg. Frau Pöhlmann (D. Vpt.): Die Frage des hauswirtschaftlichen Unterrichts ist bei dem Dienstbotenmangel dringend geworden.

Bei der Abstimmung über die Ausschußfrage, die durch Auszählung stattfindet, ergibt sich Beschlußunfähigkeit des Hauses. Anwesend sind nur 150 Mitglieder.

Nächste Sitzung 4 Uhr 35 Min. Schluß 4 Uhr 20 Min.

*

WTB. 125. Sitzung. 4 Uhr 35 Min. Zur Beratung steht der Antrag des Haushaltungsausschusses, die Regierung möge im Staatenausschuß dahin wirken, daß baldigst eine Reform der Reichsversicherungsordnung ausgearbeitet werde.

**Abg. Liebel** (Dem.)-Charlottenburg: Ich bitte die Regierung, solange die Reform noch nicht erfolgt ist, wenigstens die bestehende Reichsversicherungsordnung in möglichst sozialem Geiste auszuführen.

Der Antrag wird angenommen.

Es folgt die Beratung des Antrages Schmittmann, die Regierung zu ersuchen, die staatlichen Badehäuser und Badewohnhäuser den Krankenkassen und Versicherungsanstalten zur Durchführung ihrer Heilerfolge zu ermäßigten Preisen zur Verfügung zu stellen.

Abg. Dr. Schmittmann (Ztr.) begründet den Antrag.

In der Aussprache wird die Abwesenheit einer Vertretung des Wohlfahrtsministeriums bemängelt, worauf ein Vertreter des Landwirtschaftsministers erklärt, daß die Frage der Uebertragung der Bäder auf den Wohlfahrtsminister noch nicht entschieden sei. Die Durchführung des Antrages werde kaum möglich sein, ohne den Betrieb der Bäder zu gefährden. Vergünstigungen würden wohl stets nur von Fall zu Fall gewährt werden können.

Der Antrag geht an den Ausschuß für Bevölkerungspolitik.

Sonnabend 12 Uhr: Anträge.

## Eine Reichskonferenz der kommunistischen Partei aufgehoben.

**WTB. Karlsruhe, 27. Februar.** Die Polizeidirektion Karlsruhe hat am Donnerstag in Durlach eine im Geheimen tagende Reichskonferenz der kommunistischen Partei Deutschlands aufgehoben, um festzustellen, ob sich unter den Teilnehmern gesuchte Persönlichkeiten (russische Kuriere) befinden. Sämtliche 61 Teilnehmer wurden nach der Polizeidirektion Karlsruhe gebracht. Unter ihnen befinden sich meist Norddeutsche, viele Frauen, unter ihnen Klara Zetkin, und zahlreiche Vertreter aus Oesterreich, Polen, Rußland und der Schweiz. Die Reichsangehörigen wurden nach Feststellung der Personalien wieder auf freien Fuß gesetzt. Die Ausländer dagegen werden bis zur Durchführung des Ausweisungsverfahrens vorläufig in Haft behalten. Aus den den Teilnehmern abgenommenen Papieren geht hervor, daß sich die Konferenz mit der wirtschaftlichen Notlage Deutschlands befaßte, um aus ihr die politischen Schlußfolgerungen zu neuen Unternehmungen zu ziehen.

## Zur Festsetzung der Verlosungstermine der deutschen Sparprämienanleihe.

**WTB. Berlin, 27. Februar.** Zu der dem WTB. aus Bankkreisen zugegangenen und gestern von uns verbreiteten Mitteilungen wegen der Festsetzung des Verlosungstermins der Deutschen Sparprämienanleihe 1919 erfahren wir, daß das Reichsfinanzministerium den Andeutungen, als ob die Auszahlung der Gewinne im Monat April nicht stattfinden könne, vollkommen fernsteht. Das Reichsfinanzministerium legt vielmehr den größten Wert auf die Feststellung, daß diese Auszahlung bestimmungsgemäß vom 1. April ab erfolgt. Die Lieferung der Stücke durch die Reichsbank an die Vermittelungsstellen ist in Berlin, sowie in der ganzen Provinz am 5. Februar dieses Jahres erfolgt. In Berlin haben einige Großbanken sogar schon am 31. Januar die Stücke erhalten. Wenn trotzdem die endgültige Verteilung der Stücke seitens der Banken an die Kunden Schwierigkeiten macht, so ist das auf die ja allgemein bekannte Ueberlastung der Banken infolge der Masseneinlieferung von Depots zurückzuführen. Deshalb schweben Verhandlungen zwischen dem Reichsfinanzministerium und den Banken wegen Festsetzung des Termins der Gewinnziehung, um zu gewährleisten, daß die Nummerausgabe seitens der Banken an die Kunden rechtzeitig erfolgen kann, ohne daß die Verpflichtung des Reiches, vom 1. April ab zu zahlen, verletzt wird. Diese Verpflichtung wird unbedingt innegehalten werden.

## Die Behandlung der feindlichen Kriegsgefangenen.

**WTB. Berlin, 27. Februar.** Zu dem Zeitpunkt, in dem die Verfolgung der angeblichen Kriegsverbrechen auf der Tagesordnung steht, erscheint (in dem Verlag Reimar Hobbing) der erste Bericht der Kommission zur Untersuchung der Klagen wegen völkerrechtwidriger Behandlung der Kriegsgefangenen in Deutschland unter dem Titel „Die Behandlung der feindlichen Kriegsgefangenen.“ Der Bericht zeigt, daß die deutsche Regierung bereits zu einer Zeit, als noch nicht damit gerechnet werden konnte, daß dem deutschen Volke die Auslieferung seiner Volksgenossen zur Aburteilung vor den Gerichten der Alliierten zugemutet werden würde, eine Untersuchung der gegen die deutsche Gefangenenbehandlung erhobenen Vorwürfe vor einer in ihrer Entscheidung gänzlich unabhängigen, nach völkerrechtlichen Gesichtspunkten urteilenden Kommission in die Wege geleitet hat. Die bisherigen Ergebnisse dieser mühevollen Untersuchungstätigkeit, die jetzt dem Urteile der weitesten Oeffentlichkeit des In- und Auslandes unterbreitet werden, müssen bei allen nicht voreingenommenen Lesern zu der Ueberzeugung führen, daß die von der Gegenseite erhobenen, zu einem erheblichen Teile auf Uebergriffe gegen Gefangene sich beziehenden Anklagen in Deutschland selbst in jeder Hinsicht unparteiische Richter finden.

## Entschließung des Reichsarbeitgeberverbandes der Zigarettenindustrie.

**WTB. Berlin, 27. Februar.** Der Reichsarbeitgeberverband der Zigarettenindustrie hat in seiner gestern in Berlin abgehaltenen Hauptversammlung, die aus allen Teilen Deutschlands sehr zahlreich besucht war, folgende Entschließung gefaßt:

„Die Hauptversammlung des Arbeitgeberverbandes der Zigarettenindustrie muß die dem Reichsfinanzministerium vorgeschlagenen Aenderungen des neuen Tabaksteuergesetzes ablehnen. **Die Zigarette kann unter den heutigen Verhältnissen**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-1920022801З/fragment/page=0002

eine Belastung im Rahmen der vom Reichsfinanzministerium vorgeschlagenen Fassung der Steuersätze nicht tragen. Die Industrie ist der festen Ueberzeugung, daß eine derartige Belastung zu einem starken Konsumrückgang und zu einer starken Einschränkung, wenn nicht völligen Stillegung der Zigarettenindustrie führen muß. Das Reichsfinanzministerium hat geglaubt, von seinem Vorhaben nicht abgehen zu können, obgleich die Vertreter der Industrie auf die Folgen bei den Verhandlungen hingewiesen haben. Die Hauptversammlung bedauert, daß die Industrie gezwungen war, den Angestellten und Arbeitern zu kündigen. Sie weist den Vorwurf, daß die Kündigung lediglich ein Druckmittel sein solle, mit aller Entschiedenheit zurück, und ist der festen Ueberzeugung, daß die Kündigung zur Entlassung einer großen Anzahl Arbeiter und Angestellten führen, falls den berechtigten Wünschen der Industrie nicht Rechnung getragen wird. Die Hauptversammlung muß es entschieden zurückweisen, daß die Belastung der Zigarette von vermeintlichen Interessen der Zigaretteninindustrie maßgebend beeinflußt wird. Sie verlangt, daß allein die Vertreter der Zigaretteninindustrie ausschlaggebend sein müssen in allen diese Industrie betreffenden Fragen. Allein schon ihre gewaltige wirtschaftliche Bedeutung berechtigt die Zigaretteninindustrie zu dieser Forderung. Sie erhebt diese Forderung aber auch nicht zuletzt im Interesse ihrer Arbeiter, die ebensogut ein Recht auf Arbeit und Existenz haben, wie die anderen Industrien.“

# Halle und Umgebung.

Halle den 28. Februar 1920.

## Die Kirchengemeinden als Ackerverpächter.

Man schreibt uns: Die Ackerpachtverträge, die vor dem Kriege und während des Krieges oft langfristig auf 9 oder 12 Jahre abgeschlossen worden sind, haben wirtschaftliche Verhältnisse zur Voraussetzung gehabt, die heute nicht mehr bestehen. Die bei diesen Verträgen vereinbarten Pachtzahlungen stehen heute in keinem Verhältnis zu dem Geldwert der Erträge aus den Pachtländereien. Nach dem geltenden Recht sind die Verträge auf Grund der veränderten Wirtschaftsverhältnisse nicht kündbar. Hier wird Recht zum Unrecht. Schwer betroffen sind besonders die Kirchengemeinden, die z. T. aus Verträgen, die vor dem Kriege abgeschlossen worden sind, Pachtzinsen beziehen, die nur ⅙ der Erträge ausmachen, die heute bei Verpachtungen herauskommen. Die Kirchengemeinden mußten schon jetzt ¼ der Teuerungszulagen bezw. Beschaffungsbeihilfen für ihre Geistlichen aufbringen. Sie müssen die Gehälter der übrigen Kirchenbeamten erhöhen. Das könnte zum Teil wenigstens aus vorhandenen Mitteln geschehen, wenn die Kirchengemeinden aus ihren Ländereien Pachterträge erzielten, wie sie den heutigen Wirtschaftsverhältnissen entsprechen. Zweifellos leiden auch in nicht nur vereinzelten Fällen Privatpersonen unter diesem „Unrecht von Rechtswegen“. Dem kann nur durch ein Gesetz abgeholfen werden, das etwa bestimmt: „Mit Rücksicht auf die völlig veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse können die bestehenden vor dem 1. Januar 1919 abgeschlossenen Ackerpachtverträge von dem Verpächter zum 1. Oktober 1920 gekündigt werden“. Es wäre dringend erwünscht, so schließt die Zuschrift aus kirchlichen Kreisen, daß sich die Nationalversammlung der Angelegenheit annehme.

## Verein für Erdkunde.

In der Fachsitzung des Sächs.-Thür. Vereins für Erdkunde am 25. Februar hielt Herr Privatdozent Dr. Thurnwald einen Vortrag über „Die Papua auf Neu-Guinea“.

Nach sprachlichen Gesichtspunkten lassen sich auf den melanesischen Inseln zwei Völkergruppen unterscheiden, deren eine, die melanesische, Beziehungen zu den Malaien aufweist, während die andere, die papuanische, vollständig ist. Nach den Forschungen des Redners auf Neu-Guinea wohnen am Augustafluß verschiedenartige Stämme mit allen Anzeichen starker Mischung zwischen Melanesiern und Papuanern. Die reinen Papua zeichnen sich aus durch geringe Körperhöhe (unter 140 Zentimeter), nichtmelanesische Sprache und Dürftigkeit der Kultur. Diese Merkmale sind bei den Bewohnern im Innern der Insel am reinsten erhalten, während sich nach der Küste zu melanesische Einflüsse zeigen, z. B. im reicheren Kulturbesitz. Auf den Inseln des Bismarck-Archipels sind die Papuaner nicht so klein, aber geistig minderbegabter als die auf Neuguinea. Ein Unterschied gegen die Melanesier besteht auch auf sozialem Gebiet: die Clanverfassung der Papua ist nicht so weit ausgebildet als wie bei den Melanesiern. Auf Grund aller dieser Erscheinungen ergibt sich folgendes Bild der Bevölkerungs- und Kulturzüge der Melanesier: Die Papua sind als Urbevölkerung anzusehen, über die verschiedene melanesische Wanderzüge hinweggingen. Die mehrfachen Einwanderungen hatten für die Papua verschiedene Bedeutung. Die Uebernahme neuer Kulturbestandteile ging auf allen Inseln verschieden vor sich; die Aufeinanderfolge der Einflüsse läßt sich mit Hilfe des Wortschatzes noch feststellen. Mit der Uebernahme materieller Kulturgüter gehen Hand in Hand Mischungen mit Melanesiern und geistige Einflüsse. Der Mischvorgang ist noch jetzt zu beobachten. Die Weiterentwicklung ist auf jeder Insel anders. —

**Los von der Zwangswirtschaft!** war der Inhalt einer vielbeachteten Rede, die unser Abgeordneter Herr Dr. Schreiber am 23. Januar in der preußischen Landesversammlung hielt. Die Rede ist jetzt als Broschüre gedruckt und zum Preise von 25 Pf. zu haben, z. B. im Büro der Deutschdemokratischen Partei hier in der Leipziger Straße.

**Außerordentliche Notstandskollekten** sollen auf Anordnung des Oberkirchenrats auch dieses Jahr wie schon 1919 in allen Gemeinden des Aufsichtsbezirkes im Hauptgottesdienst mit der Maßgabe eingesammelt werden, daß die Hälfte des Ertrages zur Verfügung des einzelnen Gemeindekirchenrates, die andere Hälfte jedesmal sofort der Weisung des Konsistoriums entsprechend abgeführt wird. Die Erträgnisse sollen dazu dienen, umsichtige Aufklärung über die Lebensinteressen der Kirche in die Wege zu leiten; dazu geeignete Vorträge und Versammlungen zu veranstalten und Volksmission in umfassendstem Sinne des Wortes zu treiben. In der Provinz Sachsen sind als Sammeltage der 14. März und der 9. Mai angeordnet worden, nachdem die erste Sammlung bereits am 8. Februar stattgefunden hat.

**Konzert der Hallischen Volksliedertafel.** Der Verein, einer der ältesten unserer Stadt, begeht seine 73. Gründungsfeier durch eine Gesangsaufführung am Dienstag, den 2. März, in der „Kaiser-Wilhelmshalle“. Der Verein hat sich die Pflege des Männerchorgesanges sowie des gemischten Chorgesanges zur Aufgabe gestellt und steht unter der musikalischen Leitung des Herrn Lehrers K. Hubert. Die Vortragsfolge zur Gründungsfeier weist große Reichhaltigkeit bei gediegener Auswahl auf. Im ersten Teile werden wertvolle Männerchöre anerkannter Komponisten wie Bache, Podbertsky, Clarus, Decker, Richter zu Gehör gebracht. Dazwischen eingestreut sind einige reizende Lieder von Brahms, Grieg und Reinecke (letzteres mit Klavier- und Violinbegleitung), die von einer im künstlerischen Sologesang ausgebildeten Dame des gemischten Chores gesungen werden. Der zweite Teil umfaßt die Darbietung des schönen Tonwerkes (Wort und Weise) von Adolf Klages: „Die Zwerge im Hübichenstein“, eine Harzmär für Soli, gemischten Chor und Orchester mit verbindender Rede. Den Schluß des Programms wird ein musikalischer Schwank für Frauenstimmen bilden, der ein buntbewegtes Bild auf der Bühne entstehen läßt.

**Volksbund der Deutschen aus dem ehem. Oesterreich-Ungarn, E. V., Sitz Dresden.** Die Bundesleitung des Volksbundes in Dresden gab vor kurzem einen Bericht über die Tätigkeit im verflossenen Geschäftsjahr 1919 heraus, aus dem hervorgeht, daß der Bund im Laufe dieser Zeit bereits schöne Erfolge, vor allem auf wirtschaftlichem Gebiete, zu verzeichnen hat, trotzdem es ungeheure Schwierigkeiten zu überwinden gab. Als deren hauptsächlichste bezeichnet die Bundesleitung die Interesselosigkeit gewisser Kreise ihrer Landsleute, die noch immer nicht begriffen zu haben scheinen, daß nur die Arbeit mit vereinten Kräften zum Ziele führen kann. Die Friedensverträge von Versailles und St. Germain mußten die Bestrebungen des Volksbundes naturgemäß ungünstig beeinflussen. In diesen Tagen hat der Volksbund eine großzügige Aktion zur wirtschaftlichen Besserstellung der Oesterreich-Deutschen im Reiche eingeleitet. An der Hand von einwandfreien Unterlagen soll den betreffenden Stellen der Beweis erbracht werden, daß die Art der sozialen Fürsorgetätigkeit der Vertretungsbehörden einiger Nachfolgestaaten vollkommen unzureichend ist und daß vor allem das Los der Invaliden, Witwen und Waisen einer durchgreifenden Verbesserung bedarf. Die 70 Ortsgruppen des Volksbundes in Sachsen und Thüringen sind angewiesen, statistisches Material und einwandfreie Unterlagen zu schaffen. Die Bundesgeschäftsstelle des Volksbundes erteilt Rat und Auskunft in allen diesen Fragen. Die Räume befinden sich nach wie vor in Dresden-N., Am Markt 12. Eine Ortsgruppe in Halle und eine in Bitterfeld sind in Vorbereitung. Auskünfte erteilt Dr. Grünfeld, Lafontainestr. 23.

**Das Conservatorium und Riemann-Seminar für Musikberuf** gab einen Vortrags- und Prüfungsabend im Saale der Loge zu gab einen Vortrags- und Prüfungsabend im Saale der Loge zu den fünf Türmen in der Albrechtstraße. Die Vortragsfolge wies eine größere Anzahl anspruchsvoller Klavierwerke von Komponisten wie Mozart, Sgeal, Bach, Busoni, E. A. Mac-Dowell, August W. Dreszer und Franz Liszt auf. Sie wurden von Schülern des Konservatoriums mit bemerkenswert gutem Anschlage überwiegend trefflicher, auch im Aufbau klar bei anerkennenswerter Empfindung unter dem starken Beifall des fast ausverkauften Hauses zu Gehör gebracht.

**Stadtgymnasium.** Das Verdienstkreuz für Kriegshilfe wurde verliehen den Herren Studienrat Dr. Reinecke, Studienassessor Dr. Maennel, Vorschullehrer Thielicke, Vorschullehrer Keller und Hausmeister Narchink.

**Der Ortsausschuß für freie Nahrungsmittelwirtschaft, Halle,** hält am Sonntag, den 29. Februar, 11 Uhr vormittags im Walhalla-Theater eine öffentliche Versammlung ab. [illegible] Herr Generalsekretär Müller-Franken vom Hauptausschuß für freie Nahrungsmittelwirtschaft, Berlin, über: Die Schäden der drohenden Kommunalisierung und Sozialisierung des Nahrungsmittelgewerbes. Der Eintritt ist frei. Freie Aussprache.

**Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten** am Montag, den 1. März 1920, nachmittags 4 Uhr. Oeffentliche Sitzung: 1. Wahl von Mitgliedern der Deputation für die Kriegshinterbliebenenfürsorge. 2. Wahl des künstlerischen Beirats für die Baupolizei. 3. Verstärkung der Landgüter-Verwaltungsdeputation. 4. Einrichtung von Kinderhorten. 5. Elektrische Beleuchtung für das Gesundheitsamt. 6. Verstärkung von Kap. X G. IV. 1 des Hauptetats. 7. Nachbewilligung für Ritterstr. 16. 8. Instandsetzung der Heizungsanlage des Riebeckstiftes. 9. Instandsetzung von Dächern des Schlacht- und Viehhofes. 10. Instandsetzungsarbeiten Kl. Ulrichstraße 5. 11. Elektrische Beleuchtung für die Trothaer Schule. 12. Beschaffung von Notgeld. 13. Anrechnung früherer Dienstzeit. 14. Gründung von Beamtenstellen. 15. Unterstützung des Hebammenvereins. 16. Beteiligung an der mitteldeutschen Heimstätte. 17. Beteiligung an der Kleinsiedlungs- und Langesellschaft. 18. Gewährleistung von Ruhegehalt und Hinterbliebenenbezügen. 19. Erneuerung des Unterbaues einer Kreuzungsweiche. 20. Antrag auf Errichtung eines Postscheckamtes. 21. Ausführungsbestimmungen über Erwerbslosenfürsorge. 22. Antrag der Sozialbeamtinnen auf Gehaltsregulierung. 23. Anfrage betr. Beeinträchtigung des Koalitionsrechts. — Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

# Provinzial-Nachrichten.

? **Hohenthurm,** 27. Februar. (Die hiesige, kürzlich neu gegründete Ortsgruppe) des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und -Hinterbliebenen hielt am Sonntag ihre erste größere öffentliche Versammlung in Form eines geselligen Beisammenseins ab. Gesangs- und Musikvorträge, sowie eine Theateraufführung, sorgten für die nötige Stimmung. Der erste Vorsitzende der Ortsgruppe, Kamerad Architekt Heinze, hielt eine beifällig aufgenommene Begrüßungsansprache. Als ein schöner Erfolg der Veranstaltung ist ein Reinertrag von ungefähr 300 Mark zu verzeichnen, der von der Ortsgruppe an die bedürftigen Hinterbliebenen der Gemeinde entsprechend verteilt werden soll.

!! **Wettin,** 27. Februar (Um das entstehende Manko in der Stadtkasse zu decken), beschlossen die Stadtverordneten in ihrer gestrigen Sitzung die Erhebung eines 5. Steuervierteljahrs.

— **Querfurt,** 27. Febr. (Aufgedeckte Schiebungen.) Am Dienstag abend wurde der beim hiesigen Landratsamt beschäftigte Kaps aus Laucha verhaftet. Er hat einen Waggon Erbsen nach Cöthen verschoben und zur Erleichterung der Ausfuhrmöglichkeit die Unterschrift unter dem Frachtbrief gefälscht. Kaps ist aus dem Landratsamt entlassen worden. Er gibt zu, Lebensmittelschiebungen zusammen mit einem Geschäftsmann aus Laucha vorgenommen zu haben. Kaps hat 30 Zentner Hafer, 9 Zentner Bohnen und 15 Zentner Erbsen verschoben. Ein Teil des verschobenen Hafers ist von hiesigen Einwohnern gekauft worden. Verhaftet sind auch die Eheleute Fitz, die beschuldigt werden, aus der Zuckerfabrik gestohlenen Zucker (etwa 40 Zentner) nach Leipzig verschoben zu haben. Die Ehefrau Fitz ist geständig. Bei einer Haussuchung in der Wohnung der verhafteten Frau Bennert wurde ein großer Posten von zum Teil aus Heeresbeständen stammenden Gegenständen gefunden.

)( **Schkeuditz,** 27. Februar. (Die Stadtverordnetenversammlung) beschloß die Erbauung von drei Gruppenhäusern mit 18 Wohnungen, die ursprünglich auf 240 000 Mk. veranschlagt waren, deren Baukosten sich aber voraussichtlich auf 800 000 bis 900 000 Mk. stellen werden, sodaß jede dieser einfachen Wohnungen außer dem behördlich normierten Mietszinse einen jährlichen Zuschuß der Stadt von 2500 Mk. erfordert. Dieser Zuschuß soll, da die Stadt infolge des Wegfalls der Staatssteuerzuschläge zur anderweiten Deckung außerstande ist, voraussichtlich durch Einführung einer Mietssteuer auf die größeren Wohnungen aufgebracht werden, die etwa 100 Mk. pro Zimmer betragen wird.

(=) **Eisleben,** 26. Februar. (Zugunsten der Abstimmung in Oberschlesien) hat die Mansfeldsche Kupferschiefer bauende Gewerkschaft ihren zahlreichen aus jener Gegend stammenden Arbeitern und Angestellten zugesagt, daß sie sämtlich zur Abstimmung sechs Tage Urlaub über den tarifmäßigen Urlaub hinaus und sechs Tage Lohn erhalten sollen.

++ **Bernburg,** 26. Februar. (Schützenvater Bandel †.) Der anhaltische Bundesvorsitzende der Schützengilden, Amtmann Bandel, der auf zahlreichen deutschen Bundesschießen erste Preise davon getragen und im deutschen Schützenleben eine große Rolle gespielt hat, ist jetzt plötzlich gestorben.

() **Bitterfeld,** 27. Februar. (Die Luftfahrzeuggesellschaft G. m. b. H. Berlin), welche Luftschiffe nach Parsevalschem System baut, löst ihre Fabrik samt Ballonhallen bei Bitterfeld auf und errichtet eine neue Luftfahrzeugfabrik bei Seddin in der Nähe von Stolp in Pommern, wo sie große Terrains gekauft hat. Das Bitterfelder Besitztum soll verkauft werden. Das Gerücht, daß die Bitterfelder Anlagen von einer ausländischen Gesellschaft erworben sei, ist unzutreffend.

× **Eilenburg,** 26. Febr. (Vororttarif Eilenburg—Leipzig.) Der Magistrat hat mit Rücksicht darauf, daß ein großer Teil der Eilenburger Arbeiter in der Leipziger Industrie tätig und auch die Geschäftswelt Eilenburgs mit Leipzig so eng verknüpft ist, daß ein regelrechter Vorortverkehr besteht, an den preußischen Eisenbahnminister das schleunige Ersuchen gerichtet, diesen Vorortverkehr von der am 1. März eintretenden hundertprozentigen Erhöhung des Personentarifs freizulassen, da sonst eine Störung des Verkehrs eintreten und eine Erhöhung der Arbeiterlöhne sich nötig machen würde. In jedem Falle bittet der Magistrat, Arbeiter-Wochen-, Monats- und andere Zeitkarten von der Erhöhung auszuschließen.

# Vermischtes.

**Figurenbeschädigung an der Berliner Kaiser-Wilhelm-Brücke.** Nachts wurde von einer Figur der Kaiser-Wilhelm-Brücke eine Bronzetrompete abgebrochen und gestohlen. Eine Streife der Sicherheitspolizei, die in der Nacht auch die Kaiser-Wilhelm-Brücke passierte, sah die Beschädigung, konnte aber von den Tätern keine Spur mehr entdecken.

**Ein Wächter erschossen. — 33 000 Mark geraubt.** Ein schwerer Raubüberfall wurde abends auf dem eisenbahnfiskalischen Gelände des Anhalter Bahnhofes in der verlängerten Schöneberger Straße zu Berlin verübt. Dort befindet sich ein kleiner Kontorraum des Berliner Spediteurvereins, in dem abends die Abrechnung mit den Rollkutschern erfolgt. Als nun die Kutscher den Platz verlassen hatten und der 65 Jahre alte Kassierer Albert Jäger damit beschäftigt war, das eingegangene Geld nachzuzählen, um es dann im Geldschrank zu verschließen, wurde plötzlich von draußen durch die Fenster geschossen. In dem Kontorraum befand sich außer dem Kassierer noch der 71 Jahre alte Wächter Ernst Stölch mit seinem Wachhund. Gleich nach den Schüssen wurde die Tür aufgerissen und es drangen vier maskierte Männer in den Raum ein. Sie setzten sofort ihr Revolverfeuer fort, so daß der kleine Raum im Augenblick vollständig in Pulverdampf gehüllt war. Der Wächter Stölch wurde von den Kugeln so schwer getroffen, daß er bewußtlos zusammenbrach und bald darauf starb. Sein Wachhund wurde gleichfalls durch einen Schuß getötet. Der Kassierer Jäger blieb unverletzt, konnte aber nichts gegen die Räuber ausrichten. Er wurde von einem der Täter mit erhobener Schußwaffe aufgefordert, das Zahlbrett mit dem Gelde sofort herauszugeben. In demselben Augenblick raffte der Dieb auch schon das Geld zusammen, schlug es in den Abrechnungsbogen und ergriff dann mit seinen Genossen die Flucht, nachdem er noch die Fernsprechleitung zerstört hatte, um zu verhindern, daß der Kassierer Hilfe herbeirufe. Der Kassierer schlug Lärm und benachrichtigte die Polizei, die Räuber konnten aber nicht mehr ergriffen werden. Geraubt wurden etwa 38 000 Mark. In dem Kontorraum fand die Polizei acht leere Patronenhülsen. Nach Aussage des Kassierers trug der eine Täter, der den eigentlichen Raub ausführte, einen grünen Militärrock und einen grauen Hut. — Das ist die neue „Sicherheit“.

**Die „Briefwechsel-Ecke“.** Eine neue bunte Note in das Getriebe des Heirats- und Liebesmarktes bringt eine Einrichtung, die sich bald allgemeiner Popularität in Berlin erfreuen dürfte, ganz davon abgesehen, daß auch die Provinz, die ja so manche Berliner Errungenschaften schnell kopiert, sich auch dieses Vorbild bald zu eigen machen wird. Ein findiger Kopf hat im Zentrum der Stadt die von ihm sogenannte „Briefwechselecke“ ins Leben gerufen. Sie löst das Heiratsinserat ab und birgt zudem noch den Vorteil in sich, dem Suchenden die Möglichkeit zu geben, aus der Handschrift und dem zugleich ausgehängten photographischen Bildnis des oder der sich anpreisenden seine Schlüsse zu ziehen. In einer Reihe von Glaskästen hängen ihre oder seine Briefe. Sie sucht den netten, jungen, sympathischen Mann, der sein ordentliches Auskommen hat; er sucht das hübsche, schlanke, junge, blonde Mädchen, das über etwas Vermögen verfügt, im übrigen aber noch eine Reihe brauchbarer, häuslicher Eigenschaften aufweisen soll. Schon etwas weniger harmlos erscheinen Gesuche, in denen vermögender Herr der guten Gesellschaftskreise nach Bekanntschaft mit erfahrener, eleganter Dame „mit Eigenheim“ fahndet, oder durch die eine „wahre“ Künstlerin die Bekanntschaft eines nur sehr vermögenden älteren Herrn zu machen trachtet. Jedermann steht die Möglichkeit zu, sein Bild neben seine Offerte zu hängen, da ein gegenüber der Ecke sein Geschäft treibender Schnellphotograph innerhalb drei Minuten das wohlgetroffene Konterfei liefert. Irgendwelche Heiratsvermittlungsgebühren werden seitens des Unternehmers nicht beansprucht. Er bewahrt vollste Diskretion, da ihm selbst die seine Briefwechselecke in Anspruch nehmenden Persönlichkeiten unbekannt bleiben. Gegen die geringe Gebühr von zwei Mark monatlich kann die Offerte einen vollen Monat lang im Glaskasten hängen bleiben.

## Aus dem Leserkreise.

(Für die Veröffentlichungen unter dieser Ueberschrift übernimmt die Redaktion keinerlei Verantwortung; für sie bleibt auf Grund des § 21 Abs. 2 des Preßgesetzes im vollem Umfange der Einsender verantwortlich.)

Erfurt, 26. Februar.

Dem heulenden Landwirt aus Querfurt, Herrn N. B., kann nur empfohlen werden sich zu trösten mit seinen Abnehmern der anderen landwirtschaftlichen Artikel, Eier zu über 1 Mk. das Stück, Butter von 10 Mk. das Stück, die fast überall heimlich produziert wird, Milch das Liter über 1 Mk., die über die Ablieferungspflicht hinaus gewonnen wird, Fleisch von zweiköpfigen Tieren, von denen „hintenherum“ 2 Pfund eine Rolle Zwirn aufwiegen usw. Von Landwirten ist wohl noch keiner an Unterernährung gestorben, man kann auch keinem sozusagen „das Vaterunser durch die Backen blasen“, sie wissen alle für richtige eigene Ernährung zu sorgen, da wird nicht geheult. Vielleicht kann Herr B. noch eigennützige Schlüsse ziehen daraus, daß kürzlich hier in einer Auktion für 6 Hühner mit einem Hahn ein Preis von 385 Mk. erzielt wurde. (Ich war zugegen.) L.

# Sport-Nachrichten der „Saale-Zeitung“.

**V. f. L. 1b—N. L. Schwimmv. 1b.**

Am Sonnabend 4 Uhr kommt auf dem Zooplatz (96) ein Wettspiel zwischen dem V. f. L. 1 und der 1b-Mannschaft des Neuen Leipziger Schwimmvereins zum Austrag. Bei der durch die erzielten Resultate bemessenen Gleichheit der 1. Klasse Halles und Leipzigs ist ein guter scharfer Kampf zu erwarten. Zur Aufklärung, daß Leipzig noch eine Ligaklasse besitzt, welche aber noch erst das Ziel der hallischen Hockeyspieler bleibt, und manches fleißige Ueben wird nötig sein, um soweit zu kommen, bis wir uns mit Ligamannschaften aus Leipzig erfolgversprechend treffen können.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200228013/fragment/page=0003

## Sportliches Allerlei.

**Der Sportverein 98** wird die Osterwoche in Süddeutschland weilen. Die Mannschaft spielt am Karfreitag in Hanau gegen 93, am 1. Osterfeiertag in Mannheim gegen den V. f. R. und am 2. Festtag in Worms.

**Nürnberg—Fürth** beabsichtigen in der Zeit vom 12. bis 26. März eine Fußballreise nach der Schweiz und Italien zu machen. Geplant sind Städtespiele gegen schweizerische und italienische Städte-Mannschaften. Demnach scheint es mit dem Boykott der Mittelmächte nicht so ernst zu sein, wenn uns auch eine Einladung zu den Olympischen Spielen „noch" nicht zugegangen ist.

**Im Länderspiel Belgien—England** in Brüssel unterlagen am Fastnachtsdienstag die Engländer ihren Gastgebern mit 1:3. Diese Ueberraschung findet darin seine Erklärung, daß die Leute von der Insel nur Amateure aufgestellt hatten, also das wirklich beste Spielermaterial nicht herüber gebracht hatten.

**Im Spiele Paris gegen Nordfrankreich** blieb die Hauptstadt mit 5:3 Sieger.

**Fahrpreisermäßigung** ist nicht dem deutschen Fußballbund auf den deutschen Bahnen, wohl aber den Oesterreichern auf ihren Bahnen vom Staatssekretär Paul zugesichert worden. Ob aber die Zusicherung zur Ausführung kommen wird, ist bei den nicht gerade idealen Finanzverhältnissen unseres Nachbarlandes eine zweifelhafte Frage. Jedenfalls einen Erfolg haben die Sportsleute im Donauland, daß die Wichtigkeit des Sportes schon in Regierungskreisen anerkannt wird.

**Linienrichter und auch Schiedsrichtergebühren** sind in Ungarn eingeführt worden. Für ein Länderspiel erhält ein Linienrichter die Kleinigkeit von 50 Kr., für ein Jugendspiel, was zu der niedrigsten Klasse rechnet, sind 5 Kr. festgesetzt. Für den Schiedsrichter bewegen sich die Gebühren zwischen 100 und 15 Kr.

# Handel, Gewerbe und Verkehr.

### Beibehaltung der freien Wirtschaft für Häute und Leder.

Die gewaltige Preissteigerung für alle Gattungen Häute und Felle auf der letzten Berliner Auktion hatte zur Folge, daß die Preise auf allen folgenden Auktionen sowie im freien Handel in derselben Weise in die Höhe gingen. Die Konferenz der Vertreter vom Häute- und Ledermarkt im Reichswirtschaftsministerium unter dem Vorsitz des Ministers Schmidt, die dieser Preistreiberei vorausging, sollte eigentlich Klarheit über die Verhältnisse am Häute- und Ledermarkt bringen, insbesondere aber waren die Herren zusammengekommen, um über die Abstellung der vorhandenen Mißstände zu beraten. Vorschläge waren dem Reichswirtschaftsministerium von allen Interessentenverbänden gemacht, jedoch wurde hierüber nicht beraten, sondern Minister Schmidt hat die Versammlung um eine allgemeine Aeußerung der Ansichten über die Lage. Die Folge war, daß sich die Debatte lange hinzog und man schließlich dahin übereinkam, die freie Wirtschaft am Häute- und Ledermarkt beizubehalten.

Selbst Minister Schmidt trat für Beibehaltung der freien Wirtschaft ein, und nur Unterstaatssekretär Hirsch gab in den Schlußworten eine Zusammenfassung, die erkennen ließ, daß die Regierung sich noch vorbehalte, zu den einzelnen Darlegungen Stellung zu nehmen.

### Vom rheinisch-westfälischen Wertpapiermarkte.

**Regste Spekulationslust.**

Mitteilungen des Bankhauses Gebrüder Stern, Dortmund.

Der zur Behandlung stehende Berichtsabschnitt war einer der lebhaftesten und aufgeregtesten der letzten Monate. Auf dem Kohlenkuxenmarkte kam das Angebot für die Mehrheit der Kuxe der Gewerkschaft Ewald der berufsmäßigen Unternehmung überraschend und führte zu einer erheblichen Steigerung für alle Werte des Marktes. Bei einzelnen von ihnen, wie Ewald selbst, Constantin der Große, König-Ludwig, Lothringen, Helene & Amalie usw. betrugen die explosivartigen Steigerungen an einem einzigen Tage zwischen 30—50 000 Mark. In mittleren und leichten Werten waren sie geringer, aber immerhin betrug die Besserung in Diergardt-Kuxen etwa 10 000 Mk., wie überhaupt das Interesse für linksrheinische Unternehmungen recht lebhaft war.

Am Braunkohlenmarkte zogen unter Führung der mitteldeutschen Werte sämtliche Kuxe und auch Zukunftsaktien sprungweise an.

Am Kalimarkte wirkten Nachrichten über einen außerordentlich starken Versand und über große Gewinne, die den Gewerkschaften aus Auslandslieferungen zufließen, anregend an. Stürmischer Verkehr entwickelte sich in fast allen Werten des Marktes und auch hier konnten sich für eine Reihe von ihnen Steigerungen zwischen 5—15 000 Mk. durchsetzen. Sehr viel größer war die Erhöhung noch für Wintershall-Kuxe. In diese lebhafte Aufwärtsbewegung fiel die Erhöhung des Kurses der Reichsmark. Die Spekulation horchte auf und nahm sofort zu den stark gestiegenen Preisen Glattstellungen vor. Bei der nun plötzlich aussetzenden Nachfrage führten diese Verkäufe in der zweiten Hälfte der jüngsten Woche auch am Kuxenmarkte zu einer scharfen Abschwächung des Preisstandes, aber auf den neuerlichen Kursrückgang der Reichsmark trat zu Beginn der Woche eine Erholung des Marktes ein. Eine Ausnahme von den Schwankungen machten allein die elsässischen Unternehmungen, die fortgesetzt fest lagen und in großen Mengen aus den Verkehr genommen wurden, auf Mitteilungen, daß sich die demnächst stattfindende Abfindung der deutschen Gewerken unter günstigen Voraussetzungen vollziehen werde. Bei der Niederschrift dieses Berichtes ist die Stimmung wieder fest und die Kurse sind, allerdings bei etwas ruhigerem Verkehr, in langsamer Steigerung begriffen.

### Die Berliner Preisschildverordnung rechtswidrig

Eine prinzipielle Entscheidung für den Detailhandel.

Der Kampf um die Gültigkeit der Berliner Preisschildverordnung hat damit geendet, daß das Reichswirtschaftsministerium sich gegen die Gültigkeit ausgesprochen hat. Die Entscheidung hat prinzipiell Bedeutung für alle deutsche Städte, in denen Preisschildverordnungen erlassen sind. Das Ministerium hat laut „Textil-Woche" dem Reichsbund deutscher Textildetaillistenverbände eine Mitteilung zugehen lassen, daß zur Anordnung von Preisbezettelungen im Gegensatz zu der Anordnung des Anhangs von Preisverzeichnissen nicht die Preisprüfungsstelle, sondern lediglich die Gemeinde zuständig sei. Da gegen diese Bestimmung verstoßen ist, ist der Preisprüfungsstelle Groß-Berlin die Nachprüfung der Verordnung zur Pflicht gemacht worden.

### Börsenstimmungsbild.

**Berlin, 27. Februar.** Die neuerliche Verschlechterung des Markkurses im Auslande gab der Kauflust für ausländische Werte und Valutapapiere neue Nahrung. Stürmisch gestaltete sich die Aufwärtsbewegung besonders in südafrikanischen Kolonialpapieren, von denen Pomona um 1500, Otavi über 100 gewannen. [illegible] Be-sonderes Interesse zeigte sich auch für Kanadaaktien, ferner in Petroleumwerten. Weniger erheblich gestaltete sich die Besserung am Montanmarkte, wo als wesentlich höher Phönix mit zeitweilig mehr als 25prozentiger Besserung und Rheinische Braunkohlen mit 30prozentiger Besserung, sowie Thale mit ziemlich 40prozentiger Besserung den Vorrang behaupteten. Von Elektrizitätsaktien stiegen nur A. E. G. mit 10prozentiger Besserung. Farbwerke zeigten keine gleichmäßige Besserung. Das Geschäft lenkte im Verlaufe im allgemeinen in ruhige Bahnen; doch behielt die Haltung ihr festes Aussehen. Von Anlagewerten hoben sich einzelne mexikanische Anleihen erheblich. Für deutsche Anleihen herrschte keine einheitliche Tendenz. Gebessert waren einzelne Reichs- und preußische Schatzanweisungen. Oesterreichische und ungarische Anleihen stellten sich meist etwas besser. Die Börse schloß unter Gewinnrealisierungen im allgemeinen etwas abgeschwächt.

### Devisenkurse.

Berlin, 27. Februar.

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

| | Heute | | Gestern | |
|---|---|---|---|---|
| | Geld | Brief | Geld | Brief |
| Amsterdam-Rotterdam | 3696,00 | 3704,00 | 3596,00 | 3604,00 |
| Brüssel-Antwerpen | 721,75 | 725,25 | 716,75 | 718,25 |
| Christiania | 1636,25 | 1691,75 | 1668,25 | 1671,75 |
| Kopenhagen | 1474,50 | 1477,50 | 1446,00 | 1449,00 |
| Stockholm | 1843,[illegible]0 | 1847,00 | 1819,00 | 1823,0[illegible] |
| Helsingfors | 437,10 | 437,90 | 339,60 | 440,40 |
| Italien | 540,50 | 541,50 | 529,25 | 530,50 |
| London | 341,65 | 342,35 | 333,15 | 333,85 |
| New York | 100,50 | 100,70 | 97,90 | 98,10 |
| Paris | 639,30 | 640,70 | 696,80 | 698,20 |
| Schweiz | 1598,00 | 1601,75 | 1568,25 | 1571,75 |
| Spanien | 1718,25 | 1721,75 | 1683,25 | 1686,75 |
| Wien (altes) | 39,96 | 40,54 | 39,96 | 4[illegible],04 |
| (Deutsch-Oest. abgest.) | 37,46 | 37,54 | 36,96 | 37,04 |
| Prag | 101,15 | 101,35 | 100,40 | 100,60 |
| Budapest | 35,96 | 36,04 | 33,96 | 34,04 |
| Bulgarien | — | — | — | — |
| Konstantinopel | — | — | — | — |

### Produktenbericht.

**Berlin**, 27. Februar. Am Produktenmarkt blieb die Forderung für Hafer fest. Der Preis erhöhte sich zum teil. Starke Nachfrage herrschte nach wie vor für gute Erbsen. In Peluschken konnten beträchtliche Aufträge seitens der Mühlen wegen zu hoher Preisforderungen nur zum teil ausgeführt werden. Ackerbohnen wurden wenig verlangt. Lupinen wurden zu gewerblichen Zwecken verlangt. Rübenschnitzel wurden weniger bezahlt. Rauhfutter blieb fest.

**Berlin**, 27. Februar. Amtliche Notizen. (Preise für 1000 Kilogramm in Mark.) Inländ. Hafer: loko: ab Speicher frei Wagen —; ab Bahn —; sofortige Abladung ab Abladestationen 4650—4770. Tendenz fest.

### Metallnotierungen.

**Berlin**, 27. Februar. (Preise für 100 Kilogramm in Mark.) Raffinade-Kupfer 3700—3800. Original Hütten-Weich-Blei 1750 bis 1800. Hütten-Rohzink 1000. Hütten-Rohzink (im freien Verkehr) 1675—1700. Orig. Hütten-Aluminium 6100—6200. Banca, Straits, Billiton-Zinn 14 300—14 500. 98,99proz. Hütten-Zinn —. 98,99proz. Rein-Nickel 8000—8100. Antimon-Regulus 2400—2450.

### Londoner Wollauktion.

**WTB. London**, 26. Februar. Auf der heutigen Wollauktion wurden 15 148 Ballen angeboten. Es bestand lebhafter Wettbewerb zwischen inländischen und amerikanischen Käufern. Merinos erreichten die vollen früheren Preise. Gefettete Viktoriawolle wurde mit 109 Pence per Pfund seitens inländischer Verbraucher bezahlt. Croßbreds fanden leicht Absatz. Durch festländische Firmen wurden mittlere Scoureds zu vollem Preise gekauft.

**WTB. London**, 26. Februar. Bei der Fortsetzung der Wollauktion kamen heute 11 213 Ballen zum Angebot. Infolge schlechter Sortierung wurde nur ein Teil verkauft. Merinos waren sowohl von einheimischen wie amerikanischen Käufern stark begehrt und erzielten Preise, die denen der letzten Versteigerung entsprachen. Die Preisbewegung für andere Sorten war unregelmäßig.

**Preiserhöhung für Fittings.** Der Verband deutscher Fittingsvereinigungen hat seine Aufschläge für schmiedeeiserne Fittings auf 650 bis 1115 gegen 250 bis 400 Prozent, für Weichgußfittings auf 560 gegen 420 Prozent ab 21. Februar erhöht.

**Erneute Kapitalserhöhung der Deutschen Kunstleder A.-G. in Kötitz b. Coswig i. Sa.** Die Verwaltung bringt eine Dividende von 14 Prozent gegen 10 Prozent im Vorjahre in Vorschlag, an der die erst im November beschafften 3 Mill. M. Vorzugsaktien bereits voll teilnehmen. Ferner wird vorgeschlagen, weitere 3 Mill. Mk. Stammaktien und 2 Mill. Mk. 7 proz. Vorzugsaktien mit mehrfachem Stimmrecht auszugeben. Die Ausgabe der Vorzugsaktien erfolgt zu dem Zwecke, um eine Einflußnahme ausländischen, insbesondere englischen Kapitals zu verhindern. Zu bemerken ist, daß die Gesellschaft die Besitzerin der Bamberger Kalikofabrik A.-G. Bamberg ist, die seinerzeit aus englischem Besitz die unter Zwangsliquidation gestellte Bleicherei, Färberei und Appreturanstalt Bamberg A.-G. erworben hat.

**Neuregelung der Weißblechbewirtschaftung.** Die Ende Oktober 1919 mit den Weißblech erzeugenden Werken aufgenommenen Verhandlungen, betreffend Sicherstellung einer bestimmten Weißblechmenge für volkswirtschaftlich wichtige Betriebe haben sich verpflichtet, dem Reichswirtschaftsministerium monatlich eine bestimmte Menge Weißblech zur Verfügung zu stellen. Die über diese Menge hinausgehende Erzeugung, sowie das aus dem Auslande eingeführte Weißblech sind frei von amtlicher Bewirtschaftung und Preisregelung. Die Verteilung des Sonderkontingents erfolgt im Einvernehmen mit dem Reichskommissar für Eisen- und Metallverarbeitung durch den Reichskommissar für Eisen- und Metallverarbeitung durch den Reichskommissar für Eisenwirtschaft, Berlin W. 15, Kurfürstendamm 193—194, nach den vom Reichswirtschaftsministerium aufgestellten Grundsätzen. Berücksichtigt werden vornehmlich solche Betriebe, die volkswirtschaftlich von Bedeutung sind. Im übrigen wird die Verteilung nicht territorial (nach Bezirken, Provinzen und einzelnen Ländern), sondern nach fachlicher Gruppierung durchgeführt. Für die einzelnen Industrie- bezw. Gewerbezweige sind Kontingente festgesetzt, welche die beauftragten Fachverbände mittels Bezugsscheine auf die Verbraucher verteilen.

**Ertrag der Zigarettensteuer.** Im dritten Viertel des Rechnungsjahres 1919 erbrachte die Steuer für Zigaretten, Tabak und Hülsen 72 702 739 Mk., der Kriegszuschlag 122 693 572 Mk. In den ersten drei Vierteljahren 1919 belief sich der Steuerertrag auf 182 607 603 Mk., der Kriegszuschlag auf 309 557 800 Mk.

× **Die Vereinigten Thüringer Metallfabriken in Mehlis** erwarben die Nadelfabrik von Burkhardt, Kaupert & Co. in Schmalkalden, die 1857 gegründet wurde und vor dem Kriege ein großes Exportgeschäft in Nadeln und Sattlerahlen hatte.

☐ **Das Braunkohlenbergwerk Jungwalter, in der Flur Ohrdruf**, das der Braunkohlengewerkschaft Monopol in Gotha gehört, kommt am 15. April zur Zwangsversteigerung.

**Geraer Elektrizitätswerke und Straßenbahn, A.-G., in Gera.** Der Aufsichtsrat beschloß, zur Beschaffung der Mittel für Erneuerungen der Geraer Anlagen einer außerordentlichen Generalversammlung die Erhöhung des Aktienkapitals um 1 auf drei Mill. Mk. vorzuschlagen. Die neuen Aktien sollen von der Sächsischen Straßenbahngesellschaft in Plauen, die auch das gesamte alte Aktienkapital besitzt, übernommen werden. Ferner genehmigte der Aufsichtsrat die Aufnahme einer mit 4½ Prozent verzinslichen und mit 102 Prozent rückzahlbaren Anleihe in Höhe von 3 Mill. Mk. Die neue Anleihe ist von einem Konsortium unter Führung des Bankhauses Elimeyer in Dresden übernommen und zum Kurse von 99 Prozent zum freihändigen Verkauf gebracht worden.

**Der Aufsichtsrat der Coburg-gothaischen Bank, A.-G.**, hat beschlossen, für 1919 die Verteilung von 6 (5) Prozent Dividende vorzuschlagen. Wie bereits bekannt, ist das Engagement bei der Roederberg-Brauerei in Frankfurt a. M. günstig gelöst.

**Die Rheinisch-Westfälische Zinkblechhändlervereinigung** erhöht mit Wirkung ab 25. Februar ihre Preise für Zinkbleche um 431,50 Mk. auf 1361,50 Mk. pro Doppelzentner.

**Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft.** An der Börse waren Gerüchte verbreitet hinsichtlich einer Verschmelzung der Gesellschaft mit der Fried. Krupp A.-G. in Essen. Auch einige Teile des Felten & Guilleaume-Unternehmens sollten in die Transaktion einbezogen werden. Wie wir an zuständiger Stelle erfahren, sind alle diese Gerüchte vollständig unzutreffend.

**Apollowerke A.-G. in Apolda.** Die Gesellschaft verteilt für das Geschäftsjahr 1918/19 eine Dividende von 10 Prozent, im Vorjahre 7 Prozent.

**Kammgarnspinnerei Meerane.** Der Aufsichtsrat bringt die Verteilung einer Dividende von 11 Prozent auf die Stammaktien und von 12 Prozent auf die Vorzugsaktien, wie im Vorjahre, in Vorschlag.

**Porzellanfabrik Tirschenreuth A.-G.** Die Verwaltung schlägt 25 Prozent (i. V. 20 Prozent und 200 Mk. aus dem Reservefonds) Dividende vor und beantragt die Erhöhung des Aktienkapitals um 1,25 Mill. Mk. auf 2,5 Mill. Mk. Die neuen Aktien sollen zu 110 Prozent begeben werden.

**Maschinenbau-Anstalt und Eisengießerei vorm. Th. Flöther A.-G., Gassen i. L.** In der Aufsichtsratssitzung wurde beschlossen, der auf den 30. März d. J. einzuberufenden Generalversammlung für das Geschäftsjahr 1919 die Verteilung einer Dividende von 10 Proz. und einer Sondervergütung von 100 Mk. 5 Proz. Kriegsanleihe für je 1000 Mk. Aktien vorzuschlagen (i. V. wurden 15 Proz. Dividende und 3 Proz. Bonus verteilt).

# Berliner Börse

**vom 27. Februar 1920**

(Telegramm.)

| | |
|---|---|
| **Deutsche Werte:** | |
| 4% Dtsch.Schatzsch VI—IX | 75,20 |
| 5% Dtsch. Reichsanl. | 79,00 |
| 4% " " | 69,75 |
| 3½% " " | 64,50 |
| 3% " " | 65,80 |
| 4% Preuß. Konsols | 74,00 |
| 3½% " " | 61,80 |
| 3% " " | 59,50 |
| 4% Charl. Stadtanl. 89/99 | — |
| 4% Magdb. Stadtanl. 91/06 | — |
| 4% Sächs. Neulandsch Pfdbf. | — |
| 4% Preuß. Centr. Bod. Pfdbf. | — |
| 4% Preuß. Hyp. Bk. Pfdbf. 1911 | — |
| 4½% Dess. Gas Oblig | — |
| 4% Dessauer Gas Obl. | — |
| **Ausländ. Werte:** | |
| 4% Oesterr. Kronenrente | 37,50 |
| 4% Ungar. Goldrente | 77,50 |
| 4% Ungar. Kronenrente | 44,90 |
| **Eisenbahn-Aktien:** | |
| Halberst.-Blankenb. | 110,00 |
| Halle-Hettstedter | 1[illegible]8,00 |
| Schantungbahn | 670,00 |
| Allg. Lokal-Str. | 168,00 |
| Gr. Berl. Str. | 143,00 |
| Magdeburger Str.-B. | — |
| Prinz-Heinrich-B. | 800,00 |
| Orientbahn | 389,00 |
| **Schiffahrts-Aktien:** | |
| Hambg. Paketfahrt | 152,50 |
| Hambg. Südamerika | 294,00 |
| Hansa-Dampfschiff. | 396,00 |
| Nordd. Lloyd | 179,00 |
| **Bank-Aktien:** | |
| Bank f. Thür. | — |
| Berl. Handelsges. | 230,00 |
| Commerz-Diskontobank | 177,00 |
| Darmstädter Bank | 150,00 |
| Dessauische Landesbank | — |
| Deutsche Bank | 310,00 |
| Diskonto-Comm. | 237,00 |
| Dresdner Bank | 192,00 |
| Leipzig. Credit-Anst. | 18[illegible],00 |
| Mitteld. Kreditbank | 156,00 |
| Mitteld. Privatbank | 164,00 |
| Nationalbank | 152,00 |
| Oesterr. Kredit | 132,50 |
| Reichsbank | 156,25 |
| **Industrie-Aktien:** | |
| Schultheiss-Brauerei | 300,00 |
| Akt. f. Anilin | 406,00 |
| Allgem. Elektr. Ges. | 440,00 |
| Ammendorfer Papierfabrik | — |
| Anhalter Kohlenw. | 350,00 |
| Annaberger Steingut | 380,00 |
| Badische Anilin | 609,50 |
| Bergmann Elekt. Akt. | 312,00 |
| Berl Masch.-Bau | 401,00 |
| Bismarckhütte | 443,50 |
| Bochumer Gußstahl | 442,00 |
| Chem.-Fabr. Buckau | — |

| | |
|---|---|
| Chem. Griesheim | 362,00 |
| Chem. Heyden | 474,00 |
| Consolidation Schalk | 420,00 |
| Cröllwitzer Papierfbk | — |
| Daimler Motoren | 370,00 |
| Deutsche Luxemburg | 392,75 |
| Deutsche Uebersee-Elektr. | 1096,00 |
| Deutsche Erdöl | 85[illegible],00 |
| Deutsche Gasglühl. | 5050,00 |
| Deutsche Kali | 525,00 |
| Deutsche Waffen und Mun. | 466,00 |
| Donnersmarckhütte | 400,00 |
| Döring & Lehrmann | 195,00 |
| Dürrkoppwerk | — |
| Engelhardt-Brauerei | 283,00 |
| Elberfelder Farben | 498,00 |
| Felten & Guilleaume | 564,50 |
| Gasmotoren Deutz | 280,00 |
| Gebhard & Co. | 476,00 |
| Gebhard & König | 30[illegible],00 |
| Gelsenkirchen Berg. | 4[illegible]8,00 |
| Glauziger-Zuckerfbk | 512,50 |
| Hallesche Maschfbk. | — |
| Hann. Masch. | 535,00 |
| Harpener Berg | 447,00 |
| Hasper Eisen | 41[illegible],00 |
| Hirsch Kupfer | 400,00 |
| Höchster Farbwerke | 459,75 |
| Hoesch Eisen u. Stahl | 476,00 |
| Hohenlohe Werke | 280,00 |
| Humboldt Masch. | — |
| Ilse Bergbau | 620,00 |
| Kahla Porzellan | — |
| Kaliw. Aschersleben | 478,00 |
| Körbisd. Zucker-Akt. | — |
| Kyffhäuserhütte | 305,00 |
| Lehmeyer & Co. | 280,00 |
| Lauchhammer | — |
| Laurahütte | 360,00 |
| Linke & Hofmann | 519,00 |
| Ludwig Loewe & Co. | 410,00 |
| Lothringer Hütte | 370,00 |
| Mannesmannröhren | 482,50 |
| Masch.-Fabr. Buckau | 225,00 |
| Oberschl. Eisenb.-Bd. | 303,00 |
| do. Caro Hag. | 300,00 |
| do. Kokswerke | 378,[illegible]0 |
| Orenstein & Koppel | 376,00 |
| Phönix Berg | 600,00 |
| Rhein. Metall-Vorz. | — |
| Rhein. Stahlwaren | 440,00 |
| Riebeck. Montan | 405,50 |
| Rombacher Hütten | 425,00 |
| Rositzer Braunk. | 399,50 |
| Rositzer Zucker | — |
| Sangerhäuser Masch. | — |
| Hugo Schneider A.-G. | 390,00 |
| Schuckert & Co. | 260,00 |
| Siemens & Halske | — |
| Stettiner Cham. | 324,00 |
| Stettiner Vulkan | — |
| Stollberger Zinkh. | 380,00 |
| Strals. Spielkarten | 375,00 |
| Thale-Eisenhütte | — |
| Triptis Porzellan | — |
| Türk. Tabakregie | 1480,00 |
| Ver. Köln-Rottweiler | — |
| Ver. Glanzstoff | — |
| Wegelin & Hübner | — |
| Werschen-Weißenfelser Braunk. | — |
| Westeregeln Alkali | 729,00 |
| Wittener Gußstahl | 675,00 |
| Wrede Mälzerei | — |
| Zeitzer Masch. | 533,00 |
| Zellstoff Waldhof | 360,50 |
| Otavi-Minen | 103[illegible],00 |

Tendenz: fest.

# Leipziger Börse.

Leipzig, den 27. Februar 1920.

| | |
|---|---|
| Hallesche Zucker-Raffinerie | 330,00 |
| Leipziger Malzfabrik, Schkeuditz | — |
| Landwirtsch. Masch. Zimmermann, Halle | 238,00 |
| Mansfelder Gewerkschaft | 7000,00 |
| Portland, Zementfabrik Halle | 200,00 |
| Prehlitzer Braunkohlen | — |
| Priorit. | — |
| | — |

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Helms; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Feuilleton und Unterhaltungsbeilage: Martin Feuchtwanger; für Vermischtes, Sport usw.: Dr. Karl Bär; für den Anzeigenteil: Otto Bieler. Verlag: Saale-Zeitung, G. m. b. H., Halle. Druck: Zeitungsverlag und Druckerei Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200228013/fragment/page=0004